

## Liebe Frauen

Das Fraueninfo Team freut sich sehr, dass **Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf** am 12. Januar 2009 bei uns in Zürich über die Abstimmungsvorlage Personenfreizügigkeit spricht.



Im Februar 2009 wird das Schweizervolk erneut zu diesem Thema befragt. Sie erinnern sich sicher: Bereits 2005 sagte das Schweizervolk ja zur Personenfreizügigkeit mit Europa und 2006 ja zur Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas.

Das Parlament hat entschieden, alle bilateralen Verträge, auch diejenigen mit Bulgarien und Rumänien, in ein Paket zu schnüren, was letztlich zur Begründung der Gegner für das Ergreifen des Referendums führte. Der neuerlichen Abstimmung messen Befürworter wie Gegner grosse Bedeutung zu und erhoffen sich vom Entscheid eine klare Weichenstellung für die Zukunft.

**Die Befürworter** betonen die Wichtigkeit der Bilateralen Verträge mit der EU für die Wirtschaft und das Exportland Schweiz. Der bilaterale Weg habe sich bewährt und stelle auch in Zukunft eine optimale Entwicklungschance für die Schweiz dar. Sie warnen denn auch davor, ohne Not einen Bruch mit dem grössten Handelspartner der Schweiz zu provozieren.

**Die Gegner** sprechen von einer Mogelpackung und warnen vor einer unkontrollierten Einwanderung und vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Sie befürchten eine steigende Zahl von Arbeitslosen, die von Schweizerinnen und Schweizern bezahlt werden müsste.

An unserer Veranstaltung werden Sie die Haltung des Bundesrates sowie Argumente Pro und Kontra hören. Sie erhalten auch Gelegenheit Fragen zu stellen und sich beim Apéro riche mit anderen Frauen und Männern auszutauschen.

Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin

Dieser Newsletter kann in einer erweiterten und detaillierteren Version auf dem Internet nachgelesen werden. Auch weitere Informationen über Fraueninfo finden Sie auf unserer Homepage:

[www.fraueninfo.ch](http://www.fraueninfo.ch)

## Personenfreizügigkeit

Die Schweiz konnte über sechs Jahre lang Erfahrungen mit der schrittweisen Öffnung der Arbeitsmärkte und der erleichterten Zuwanderung sammeln. Jetzt kann sie entscheiden, ob sie das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU nach 2009 weiterführen und – mit entsprechenden Übergangsfristen – auf die beiden jüngsten EU-Staaten, Bulgarien und Rumänien, ausdehnen will. Mit dieser Abstimmung entscheidet die Schweiz auch über die Fortsetzung der Bilateralen I insgesamt. Denn die Personenfreizügigkeit ist juristisch mit den anderen Abkommen der Bilateralen I verknüpft.



Bundesrätin  
Eveline Widmer-Schlumpf

Die Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit seit Inkrafttreten des Abkommens am 1. Juni 2002 haben gezeigt: Die Zuwanderung hat sich kontrolliert sowie gemäss den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft entwickelt und damit das Wachstum begünstigt. Es sind namentlich gut qualifizierte Arbeitskräfte zugewandert. Die flankierenden Massnahmen haben sich als wirkungsvolle Instrumente gegen missbräuchliche Unterschreitung der geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen erwiesen. Für die Wirtschaft und den Werkplatz Schweiz ist die Personenfreizügigkeit bedeutend: Die nötigen Arbeitskräfte können leichter rekrutiert und damit Wachstumschancen besser genutzt werden. Der Standort Schweiz bleibt attraktiv. Dadurch werden Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz gesichert. Das Parlament hat die ursprünglich in zwei Vorlagen gefasste Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit in einem Beschluss vereint. Ausschlaggebend dafür war, dass die Weiterführung des Abkommens mittel- und langfristig nur gewährleistet ist, wenn die Schweiz bereit ist, dieses allen EU-Staaten gegenüber anzuwenden. Wird die Vorlage in der Abstimmung vom 8. Februar 2009 abgelehnt, treten automatisch auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I ausser Kraft.

Redaktion Fraueninfo

Weitere Informationen:  
[www.personenfreizuegigkeit.admin.ch](http://www.personenfreizuegigkeit.admin.ch)

## Position der Gegner

Die Parteileitung der SVP z.B. hat nach eingehender Diskussion beschlossen, ihren Parteigremien die Nein-Parole zur gebündelten Personenfreizügigkeitsvorlage vom Februar 2009 zu beantragen. Indem das Parlament im Frühjahr 2008 die beiden Vorlagen zur Ausdehnung und Weiterführung der Personenfreizügigkeit zu einem Paket verknüpfte, verunmöglichte das Parlament mit wohlwollender Begleitung durch den Bundesrat eine unverfälschte Abstimmung. Denn mit dieser Verknüpfung kann man auf zwei Fragen nur eine Antwort geben. Aus diesem Grund hat die SVP auf die Ergreifung des Referendums verzichtet. Da dieses jedoch zu Stande gekommen ist, und diese verknüpfte Vorlage am 8. Februar 2009 dem Schweizer Volk zur Abstimmung vorgelegt wird, hat sich die Parteileitung nach einer ausführlichen Abwägung der Schweizer Interessen gegen das Personenfreizügigkeitspaket ausgesprochen. Bei Wohlstandsunterschieden liegt freie Einwanderung immer im Interesse der armen Länder. Die Wohlstandsunterschiede von Rumänien und Bulgarien zur Schweiz sind riesig. Eine Nivellierung nach unten ist für die Schweiz unvermeidbar. Die Folgen: tiefere Löhne und mehr Arbeitslose. Dies ist insbesondere in Anbetracht der heutigen Wirtschaftssituation nicht tragbar! Wie blauäugig sich der Bundesrat in Bezug auf das Freizügigkeitsabkommen und die

wirtschaftliche Lage verhält, zeigt die Tatsache, dass er noch im Mai 2008 auf die Wiedereinführung von Höchstzahlen für die Einwanderung aus der EU verzichtet hat, obwohl deren stete Zunahme dies problemlos ermöglicht hätte. Wie sinnvoll eine neue Kontingentierung gewesen wäre, zeigt sich heute – nur 5 Monate später – angesichts einer drohenden globalen Rezession. Die Behauptung, dass ein arbeitsloser Deutscher wieder in seine Heimat zurückkehrt und dort von Hartz IV lebt, während er hier ein Recht auf Schweizer Arbeitslosengeld hat, ist realitätsfremd. Dies gilt umso mehr in Bezug auf den zu befürchtenden Zustrom von Personen aus Rumänien und Bulgarien. Die Zeiten, in welchen wir uns Blauäugigkeit leisten konnten, sind vorbei – nun müssen wir endlich für die Interessen der Schweiz einstehen! Mit einem Volks-Nein zur Paketvorlage erhält der Bundesrat die Chance, neue und bessere Verträge für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auszuhandeln. Ausserdem ist er nicht gezwungen, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Er kann die Weiterführung des Abkommens unverzüglich wieder dem Parlament präsentieren, welches diesem sicherlich zustimmen wird.

Quelle: [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

### Vorschau

- i** Personenfreizügigkeit: Der Entscheid, BR Eveline Widmer-Schlumpf, 12. Januar 2009, ab 17.45 Uhr, Marriott Hotel, Zürich
- i** Besuch beim EU Parlament in Strassburg, 5./6. Mai 2009

### Folgende Themen sind in Vorbereitung:

- i** Managerinnen zusammen mit Kion
- i** Besuch bei der Eawag, Wasserforschungs-Institut ETH
- i** Fortsetzung der Themen Energie, Nagra, Nanotechnologie

## Position der Befürworter: Personenfreizügigkeit für die Wirtschaft ein Muss

Die bilateralen Abkommen ermöglichen eine gute Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Wirtschaftspartner, der EU. Dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit (FZA) kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Es erleichtert den gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt und trägt massgeblich zur Erhaltung und Förderung von Wachstum und Wohlstand in der Schweiz bei. Die bisherigen Erfahrungen sind durchwegs positiv. Eine Ablehnung würde das gute Verhältnis zur EU und die ganzen bilateralen Abkommen gefährden.

Mehr unter:

[www.economiesuisse.ch/web/de/dossiers/bilaterale](http://www.economiesuisse.ch/web/de/dossiers/bilaterale)

*In eigener Sache: Wir sind am Umstellen unserer Versandstrategie und bitten um Ihre Email Adresse über [www.fraueninfo.ch](http://www.fraueninfo.ch).*

## Einladung

### Personenfreizügigkeit: Der Entscheid

Im Februar 2009 entscheidet das Schweizervolk über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Vieles hängt von diesem Entscheid ab.

### Es spricht Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf

Auf dem Podium diskutieren Vertreterinnen und Vertreter von Pro und Kontra

#### Pro

**Christa Markwalder**  
*Nationalrätin FDP*

**Pascal Gentinetta**  
*Direktor economieuisse*

#### Kontra

**Yvette Estermann**  
*Nationalrätin SVP*

**Erich Hess**  
*Stadtrat und Präsident der JungSVP*

- i** Moderation **Beat Gygi**, Wirtschaftsredaktor der Neuen Zürcher Zeitung
- i** Stadträtin **Kathrin Martelli** überbringt ein Grusswort der Stadt Zürich
- i** Anschliessend **Apéro riche**

**Ort:** Marriott Hotel, Zürich

**Datum und Zeit:** Montag, 12. Januar 2009  
18.15 Uhr (Türöffnung ab 17.45 Uhr)

**Preis:** CHF 50.-, bezahlbar vor Ort

**Anmeldung:** Online bei [www.fraueninfo.ch](http://www.fraueninfo.ch)  
Auch Männer sind herzlich eingeladen!

**Auskünfte:** F. Frey-Wettstein, 044 383 15 44

In Zusammenarbeit mit:



## Rückblick

### Besuch bei der EMPA zum Thema Nanotechnologie

Mittlerweile interessieren sich nicht nur Wissenschaftler für die Nanotechnologie. Auch die Öffentlichkeit fragt sich, was es denn mit dieser neuen Technologie auf sich hat. So fanden auch wir uns bei der EMPA in St. Gallen ein, um uns fachkundig über die Nanotechnologie, insbesondere im Bereich der Textilindustrie, informieren zu lassen. Das Niveau war hoch, der Anlass spannend. Alt und Neu wurde dabei perfekt kombiniert, mit einem anschliessenden Besuch im Textilmuseum St. Gallen und dessen Sonderausstellung „Secrets – Dessous ziehen an“.



Finden Sie mehr Informationen wie Fotogalerie oder eine ausführlichere Fassung dieses Berichtes unter [www.fraueninfo.ch](http://www.fraueninfo.ch)

### Entsorgung radioaktiver Abfälle: Verantwortung übernehmen!

Nach der Bekanntgabe der Vorschläge für mögliche Standortgebiete durch das Bundesamt für Energie (BfE) am 6. November in Bern ist die Diskussion über die radioaktiven Abfälle neu entbrannt. Durch die Nennung der Gebiete rückt die Entsorgung radioaktiver Abfälle wieder verstärkt ins Bewusstsein der Bevölkerung. Anhand des Sachplans geologische Tiefenlager sollen in den kommenden zehn Jahren gemeinsam mit den Kantonen und Gemeinden mögliche Standortgebiete festgelegt

werden. Das Verfahren ist transparent, nachvollziehbar und demokratisch aufgebaut. Auf eine sachliche Information der Bevölkerung und aller Beteiligten wird grösster Wert gelegt. Denn ein Lager braucht die Akzeptanz der Bevölkerung. Die Federführung des Verfahrens liegt beim Bund. Die Nagra hat eine rein wissenschaftlich-technische Aufgabe.

Das Sachplanverfahren kann nur erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten (Kantone, Gemeinden, Organisationen, Parteien sowie Bevölkerung) ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen.

Mehr unter [www.nagra.ch](http://www.nagra.ch)

Fraueninfoedaktion: Interessant ist auch die Atommüllstudie der ETH: [www.ethlive.ethz.ch/archive\\_articles/081113\\_atommuellstudie/index](http://www.ethlive.ethz.ch/archive_articles/081113_atommuellstudie/index)

### Besuch im Forschungslabor der IBM in Rüschlikon

Die rasante Entwicklung der Technik stellt viele Fragen und macht zuweilen auch Angst. Wo stehen wir in 30 Jahren? Welche Bedeutung hat die rasante Entwicklung für Mensch und Umwelt? Fachleute machten uns mit den neusten Entwicklungen bekannt und führten uns durch die entsprechenden Forschungslabors.

Mehr unter [www.zurich.ibm.com](http://www.zurich.ibm.com)

### Europapolitische Abstimmungen seit 1997

Jahr	Vorlage	Resultat
2006	Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	Ja: 53,4%
2005	Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern	Ja: 56,0%
2005	Teilnahme an Schengen/Dublin	Ja: 54,6%
2001	Volksinitiative „Ja zu Europa“	Nein: 77,0%
2000	Bilaterale Abkommen I	Ja: 67,2%
1997	Initiative „EU-Beitrittsverhandlungen vor's Volk“	Nein: 73,9%

Quelle: [economiesuisse](http://economiesuisse)

*In eigener Sache: Wir sind am Umstellen unserer Versandstrategie und bitten um Ihre Email Adresse über [www.fraueninfo.ch](http://www.fraueninfo.ch).*